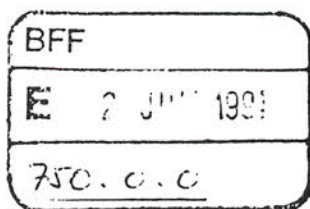


DER VORSTEHER
DES EIDGENÖSSISCHEN
JUSTIZ-UND POLIZEIDEPARTEMENTS

Bern, 1. Juli 1991



774.0
74.0
750.0.0.5
273.3/1
751.2

Herrn Direktor
Peter Arbenz

BFF

Koordination der Flüchtlings- und Asylpolitik mit Massnahmen der internationalen Zusammenarbeit

Herr Direktor

Wie wir bereits in unserem Mitbericht vom 14. Mai 1991 zum Antrag des EVD "Octroi de financements mixtes dans le cadre du quatrième crédit cadre ..." vom 29. April 1991 ausgeführt haben, ist es allseits unbestritten, dass die Schweiz zur Lösung des Migrations- und Asylproblems vordringlich vermehrte Anstrengungen in den Herkunftsländern von Flüchtlingen und Migranten unternehmen muss. Nicht nur unsere humanitäre und Entwicklungshilfe, sondern auch unsere Aussenwirtschaftspolitik haben hiezu ihren geeigneten Beitrag zu leisten. Auch in der Asyldebatte des Nationalrates vom 10. Juni 1991 wurde einhellig die grosse Bedeutung und Dringlichkeit der internationalen Zusammenarbeit zur Ursachenbekämpfung in den Herkunftsländern unterstrichen.

Um die Umsetzung dieses Anliegens zu erleichtern, sollte inskünftig bei Anträgen an den Bundesrat und bei Botschaften, welche die internationale Zusammenarbeit betreffen, das EJPD und das BFF im Mitberichts- bzw. Ämterkonsultationsverfahren begrüsst werden bzw. ein Standardkapitel (vgl. Art. 43 Abs. 3 GVG) "Verhältnis zur Migrations-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik" aufgenommen werden.

Ich bitte Sie, mir bis 5. August 1991 ein Aussprachepapier zuhanden des



Bundesrates zu unterbreiten, welches folgende Punkte umfasst:

- Begründung der Notwendigkeit einer vermehrten Koordination der Asyl- und Migrationspolitik mit Massnahmen der internationalen Zusammenarbeit, namentlich gestützt auf die Strategieberichte und die Asyldebatte des Nationalrates in der Sommersession 1991
- Darstellung des erwähnten Umsetzungsvorschlages
- Auflistung betroffener Geschäfte, bei denen das EJPD bzw. BFF mitwirken soll (z.B. Mischfinanzierungen, internationale humanitäre und Entwicklungshilfe, Hilfe an die drei von der Golfkrise am stärksten betroffenen Staaten)
- Antrag

Mit freundlichen Grüssen



Arnold Koller, Bundesrat